

## **Musiol/Mückstein zu Fortpflanzungsmedizingesetz: Richtiger und wichtiger Schritt**

Utl.: Grüne: Nicht alle Familienformen sind gleichberechtigt,  
Kindeswohl wird zu wenig berücksichtigt =

Wien (OTS) - "Die Einigung der Regierung zur Novelle des Fortpflanzungsmedizingesetzes ist als richtiger und wichtiger Schritt absolut zu begrüßen. Die gesetzliche Lage entsprach weder den medizinischen Möglichkeiten noch einem zeitgemäßen Familienbild. Familien leben längst vielfältiger als bloß in der Vater-Mutter-Kind-Variante. Alleinerziehende, Patchwork-Familien und gleichgeschlechtliche Paare sind längst Praxis", sagt Daniela Musiol, Familiensprecherin der Grünen.

"Den Jubel von Frauenministerin Heinisch-Hosek, wonach mit dem neuen Gesetz nun alle Familienformen gleichberechtigt sind, kann ich allerdings gar nicht teilen. Von einem großen Wurf ist man weit entfernt. Abgesehen davon, dass ÖVP und SPÖ zur Gleichstellung von lesbischen Frauen vom Verfassungsgerichtshof gezwungen werden mussten, werden alleinstehende Frauen weiterhin benachteiligt. Der Zugang zur Fortpflanzungsmedizin darf weder von der sexuellen Orientierung noch vom Familienstand abhängen. Ich halte es für fatal, alleinstehenden Frauen weiterhin den Zugang zu Samen- und Eizellspende zu verwehren. Die Regierung richtet damit der wachsenden Gruppe der Alleinerziehenden aus, dass ihre Lebensform nicht gewünscht und gefördert wird. Die Novelle des FMedG wäre eine gute Chance gewesen alte Familienideale zu entstauben", meint Musiol.

Ein weiteres Manko in der geplanten Novelle ist für die Grünen, dass das Kindeswohl zu wenig berücksichtigt wird. "Wir wollen, dass es einen Rechtsanspruch auf eine psychosoziale Beratung vor der Durchführung einer medizinisch unterstützten Fortpflanzung mit gespendeten Keimzellen geben soll. Die Empfängereltern sollen über mögliche psychosoziale Folgen der Inanspruchnahme sowohl für das Paar als auch für das erwünschte Kind wie etwa Auswirkungen auf die Identitätsentwicklung, Bindungsprobleme, Beziehungsabbrüche, Probleme in der Pubertät aufgeklärt werden", sagt Eva Mückstein, Gesundheitssprecherin der Grünen, und ergänzt: "Wichtig ist dabei, dass die Beratung unabhängig von den Kinderwunschzentren erfolgt und die Eltern einen Rechtsanspruch darauf haben. Beratung muss kostenlos

sein, damit sie auch in Anspruch genommen wird."

Kinder haben ein Recht auf Wissen über die eigene Herkunft. Das Wissen über die eigene Herkunft beeinflusst die Identitäts-, Bindungs- und Beziehungsentwicklung.

"Die vorgesehene Auskunftspflicht mit 14 Jahren für Kinder, die mit Hilfe einer Eizell- oder Samenspende im Rahmen einer In Vitro Fertilisation gezeugt wurden, ist aus unserer Sicht zu spät. Wir wollen, dass die Kinder unabhängig vom Alter Auskunft erhalten können und allenfalls von der Jugendhilfe auch unterstützt werden, die Spenderpersonen kontaktieren zu können", so Mückstein.

~

Rückfragehinweis:

Grüner Klub im Parlament

Tel.: +43-1 40110-6697

mailto:presse@gruene.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/100/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0157 2014-12-10/12:52

101252 Dez 14

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20141210\\_OTS0157](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20141210_OTS0157)